

Die kleine Tragödie der Genossen

Fraktionschef abgewählt, Parteipräsident geknickt – die SP verliert Sitze

Von Martin Furrer

Bern. Vor zwei Jahren gab er sich noch siegesgewiss. In einem Interview mit dem *Tages-Anzeiger* versprühte Christian Levrat mit Blick auf die Wahlen 2015 Optimismus: «Persönlich», sagte der SP-Präsident damals, «bin ich überzeugt, dass wir die 20 Prozent-Marke knacken können.»

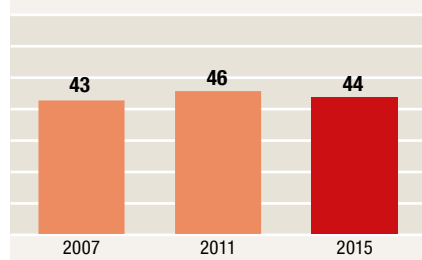
Gestern Abend stand Levrat da als einer, dem das Lachen vergangen ist. Die erste provisorische Hochrechnung der SRG flimmerte um 19 Uhr über den Bildschirm. Sie zeigte die SP als Partei der Verlierer: zwei Sitze im Nationalrat verloren, Wähleranteil 18,9 Prozent.

Keine Rede mehr von einer 20-Prozent-Marke, keine Rede mehr von einem Zuwachs: Levrat, der Schnellredner, gerne empört, wenn es sein muss, gewieft austeilend, wenn es nötig ist – er stand wie sedierte in der Elefanten-Runde der Parteipräsidenten. Er wirkte nicht mal zerknirscht. Er wirkte einfach matt und, ja: irgendwie einsam, alleingelassen.

Seine Partei bleibt zwar nach der SVP die zweitstärkste politische Kraft im Land. Trotzdem hat sie gestern verloren, und Levrat hat persönlich ebenfalls nicht gewonnen: Im Kampf um die Verteidigung seines Sitzes im Ständerat muss der Freiburger ein zweites Mal antreten. Beim ersten Anlauf schaffte er es gestern nicht; er verpasste das absolute Mehr deutlich.

Schlimmer erging es einem anderen prominenten Genossen, dem Fraktionschef der SP im Bundeshaus: Andy Tschümperlin erhielt von seinen Wäh-

SP-SITZE IM NATIONALRAT



Keine Rede mehr von 20 Prozent. SP verliert zwei Sitze im Nationalrat, Wähleranteil: 18,9 Prozent. Grafik BaZ/mm

lern im Kanton Schwyz trotz Listenverbindung mit den Grünen und der GLP völlig überraschend die Kündigung als Volksvertreter. Nur etwas mehr als 10000 Schwyzer mochten ihm das Vertrauen schenken – zu wenig, um das Mandat im Bundeshaus die nächsten vier Jahre ausüben zu können. Tschümperlin, konsterniert und enttäuscht, erklärte, er werde sich aus der Politik, wo er 20 Jahre lang gewirkt hatte, zurückziehen und sich neu orientieren.

Levrat geknickt, Tschümperlin abgewählt – die beiden Gesichter stehen symbolhaft für die SP, die sich, genauso wie Tschümperlin, in den nächsten vier Jahren neu orientieren muss. Im Kanton Zürich war der Partei zwar gestern zum Jubeln zumute, ist sie doch nach langen 32 Jahren der Abwesenheit wieder im Ständerat vertreten. Strafrechtsprofessor Daniel Jositsch schaffte die Wahl in die kleine Kammer im ersten Anlauf.



Geknickt, konsterniert, enttäuscht. Andy Tschümperlin will sich aus der Politik zurückziehen und sich neu orientieren. Christian Levrat (unten) verpasst das absolute Mehr deutlich und muss nochmals antreten. Fotos Keystone

Vierorts ist jetzt aber noch Schadensbegrenzung angesagt, denn in diversen Kantonen zittern SP-Vertreter einem zweiten Wahlgang entgegen. Im Ständerat muss die Partei sechs ihrer bisher elf Sitze in zweiten Wahlgängen verteidigen. So sieht sich etwa Roberto Zanetti in Solothurn gezwungen, in einer nächsten Runde nochmals anzutreten.

Die bittere Tatsache, dass sie am Sonntag eine kleine Tragödie erlebt haben, versuchen die Genossen mit viel Lamento zu überspielen. Die Asylthematik habe leider den Wahlkampf dominiert, klagte gestern zum Beispiel SP-Vizepräsidentin Géraldine Savary: «Für die Linke und die Mitte war es darum schwierig, andere Terrains zu besetzen.» Die SP habe im Wahlkampf

«über reale Probleme wie Wohnungsnot und geringe Kaufkraft» diskutieren wollen. Die SVP hingegen habe erfolgreich eine «Angstpolitik» betrieben.

Die Wahlgewinnerin SVP kann jetzt mit Fug und Recht einen zweiten Sitz im Bundesrat für sich reklamieren. Levrat hingegen sieht keinen Grund, Bundesrätin Widmer-Schlumpf nicht wiederzuwählen.

Zitate

«Die Frage ist nun, ob die SVP ihre eingeübte Rolle als kompromissloser Gegenspieler aller anderen Parteien weiterspielt oder ob sie versucht, der erstarkten FDP die Hand zu reichen.»
Frankfurter Allgemeine Zeitung

«Ohnehin scheint der Zenit der SVP überschritten zu sein, aber jetzt hat sie sich wieder aufgerafft, die Flüchtlingskrise in Europa hat ihr dabei geholfen. Dabei ist es eine Ironie, dass in der Schweiz nur ganz wenige Flüchtlinge ankommen.»
Der Tagesspiegel

«Jetzt kam die Flüchtlingskrise wie gerufen für die Partei mit dem Mantra vom übervollen Boot. Christoph Blocher kann sich bei seiner heimlichen Wahlhelferin Angela Merkel bedanken.»
Eric Gujer, Chefredaktor NZZ

«So oder so zeigt sich aber, dass der prononcierte Rechtskurs und die Bürgernähe des Freisinns unter Müllers Präsidium beim Wahlvolk gut ankommen.»
Res Strehle, Chefredaktor Tages-Anzeiger

«Er machte Ferien mit den Kindern. Mörgeli erfuhr am Strand von der Abwahl.»
Push-Nachricht von blick.ch

«Die Resultate waren «ein Hinweis darauf, was andernorts in Europa passieren wird» und «sie werden die Beziehung Schweiz-EU verschlechtern», sagte Patrick Emmenegger, Politikwissenschaftler an der Universität St. Gallen.»
Financial Times

«Die Schweiz ist kein Land der Revolutionen, und auch das Wahlergebnis 2015 hat nichts Revolutionäres. Der erwartete Rechtsrutsch, von dem viele schon seit Wochen schrieben, ist aber tatsächlich eingetreten.»
Spiegel online

«Es kann nicht sein, dass Kleinparteien im Bundesrat vertreten sind.»
Roger Köppel im Interview mit SRF

«Die andere Seite der Geschichte dieses Erfolgs der SVP sind die farblosen Schweizer Mitte-Parteien, die es nie schafften, ein Rezept gegen sie zu finden. Während die Rechtspopulisten gegen Zuwanderer und Europa kämpften, waren die Mitte-Parteien damit beschäftigt, ihre extremsten Forderungen zu bekämpfen, hatten aber selbst wenig griffige Antworten – insbesondere zu der für das Land zentralen Frage des Verhältnisses zur EU.» Spiegel online

Die Grünen sitzen weiter auf dem absteigenden Ast

Co-Präsidentin Regula Rytz macht sich nach der zweiten Wahlniederlage in Folge grosse Sorgen um die Energiestrategie 2050

Von Daniel Ballmer, Bern

Der Fukushima-Effekt ist verpufft. Endgültig. «Umweltthemen sind im Sorgenbarometer der Bevölkerung weit nach hinten gerückt», konstatierte Grünen-Co-Präsidentin Adèle Thorens gestern Abend. Energiewende oder Klimapolitik könnten die Wähler derzeit nur wenig mobilisieren. Das haben die Grünen schmerzhaft zu spüren bekommen: Zwar sinkt ihr Wähleranteil nur um 0,6 Punkte auf 7,8 Prozent. Dennoch büsst die Partei mit fünf Sitzen gleich ein Drittel ihrer bisher 15 Nationalratssitze ein.

Das ist bereits die zweite heftige Niederlage in Folge. Schon vor vier

Jahren haben die Grünen fünf Sitze eingebüsst. Die erneute Niederlage kommt allerdings nicht völlig unerwartet. Bereits bei den letzten kantonalen Wahlen haben die Grünen verloren. Und auch für die eidgenössischen Wahlen sahen die Prognosen alles andere als rosig aus. «Wir wussten daher, dass wir Federn lassen müssen», sagte gestern Generalsekretärin Miriam Behrens. Die Grünen wurden auch zum Opfer des nationalen Trends nach Rechts.

So wurde etwa Yvonne Gilli im Kanton St. Gallen abgewählt. Das gleiche Schicksal erlitt der Luzerner Louis Schelbert. Und im Kanton Neuenburg hat sich die Partei der Arbeit (PdA) den

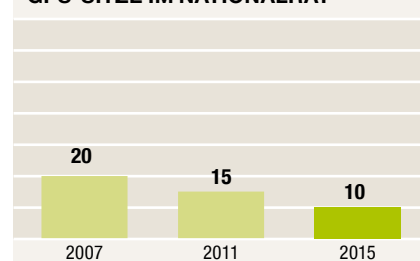
bisherigen Nationalratssitz der Grünen geschnappt. Einziger Lichtblick für die Partei war die Wahl im Kanton Basel-Stadt, wo die nahestehende Links-Partei BastA! mit Sibel Arslan zulasten des CVP-Manns Markus Lehmann einen Sitz gewinnen konnte. Ansonsten war es gestern für die Grünen ein rabenschwarzer Tag.

Verhängnisvolle Rücktritte

Diese Niederlage scheint aber auch selbstverschuldet zu sein. So haben es die Grünen verpasst, frei werdende Sitze frühzeitig zu sichern. Der Partei wurden mitunter Rücktritte mehrerer verdienter Fraktionsmitglieder zum Verhängnis. Nicht mehr zur Wahl

angetreten sind etwa der frühere Parteipräsident Ueli Leuenberger in Genf oder der Zürcher Daniel Vischer. Diese

GPS-SITZE IM NATIONALRAT



Stetig bergab. Die Grünen verlieren erneut fünf ihrer damaligen 20 Sitze im Nationalrat. Grafik BaZ/mm

vakanten Sitze konnte die Partei nicht verteidigen. Ähnlich im Kanton Bern: Alec von Graffenried hat erst Mitte Juni Christine Häslar Platz gemacht. Dieser blieb somit kaum Zeit, um sich zu etablieren.

Dies sei ein schwieriger Tag für die Umweltpolitik, kommentierte Co-Präsidentin Regula Rytz. Nun sei es an der Bevölkerung, etwa bei der Atomausstiegs-Initiative das Heft selber in die Hand zu nehmen. Denn im Parlament würden es solche Themen künftig schwer haben, sagte die Bernerin gestern Abend Medienvertretern. «Wir machen uns grosse Sorgen um die Energiestrategie 2050», ergänzte Amtskollegin Thorens.